



Christoph Bauernschmitt

Die Strafbarkeit des Online-Glücksspielanbieters und des hierbei eingeschalteten Zahlungsdienstleisters gem. §§ 284 ff. StGB

Eine Behandlung der europarechtlichen und verfassungsrechtlichen Problematik des Tatbestandsmerkmals »ohne behördliche Erlaubnis« und deren strafrechtliche Wirkung

Schriften zum Strafrecht, Band 368

564 Seiten, 2021

Print: <978-3-428-18178-0> € 109,90

E-Book: <978-3-428-58178-8> € 98,90

Die Diskussion um die strafrechtlichen Aspekte der Veranstaltung von Online-Glücksspielen beschäftigt sowohl die Wissenschaft als auch den Gesetzgeber bereits seit einer Reihe von Jahren. In diesen Zusammenhang untersucht die Arbeit zentrale Themen dieser Diskussion und beleuchtet hierbei die verschiedenen Zusammenhänge der Straftatbestände der §§ 284 ff. StGB und die mit diesen verbundenen (Rand-)Fragen. Behandelt werden beispielsweise die Anwendbarkeit deutschen Strafrechts auf Online-Angebote auf ausländischen Servern sowie die strafrechtlichen Konsequenzen einer sowohl europa- als auch verfassungsrechtlich zweifelhaften Regulierungssituation für etwaige Glücksspielanbieter und der hierbei in Anspruch genommenen Dienstleister, wie etwa Zahlungsdienstleister. Hierbei kommt die Arbeit u. a. zu dem Ergebnis, dass aufgrund der momentanen Regulierungssituation eine Strafbarkeit von Online-Glücksspielanbietern und deren Dienstleistern nicht gegeben ist.

Inhalt

Einleitung

1. Einführung in die Normsystematik des § 284 StGB

Öffentliches Glücksspiel — Die Tathandlungen — »Ohne behördliche Erlaubnis«

2. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts auf Online-Glücksspiele

Innerdeutsche Fallgruppen — Angebote mit Auslandsbezug

3. Die Vereinbarkeit des Glücksspielverwaltungsrechts mit höherrangigem Recht in Bezug auf verschiedene Angebotsformate

Glücksspielregulierung anhand des GlüStV — Online-Sportwetten — Online-Lotterien — Online-Zweitlotterien, Online-Casinospiele und Online-Poker — Endergebnis hinsichtlich der Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht

4. Konsequenz für die strafrechtliche Beurteilung

Berücksichtigung von Erlaubnissen außerhalb des Geltungsbereichs des GlüStV — Konsequenzen des Glücksspielverwaltungsrechts für das Tatbestandsmerkmal »ohne behördliche Erlaubnis« — Anwendung der herausgearbeiteten Ergebnisse

5. Die Verantwortlichkeit von Zahlungsdienstleistern im Rahmen von Online-Glücksspielen

Definition Zahlungsdienstleister — Strafbarkeit des Zahlungsdienstleisters gem. §§ 284 I, 27 StGB — Strafbarkeit der Zahlungsdienstleister gem. § 261 I 2 Nr. 4 a) StGB — Endergebnis

6. Abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse

Literaturverzeichnis

Sachregister

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de